



Kurz-Protokoll Treffen **Liste 4: Listenbündnis Kooperation ist Zukunft / Marburger Bund**
am Mi. 14.5.2025 ab 18.00 in der Schumannstr.

Anwesende: S. Pohlmann, S. Hochfeld, C.Urbaneck, A.Claußnitzer, J. Veelken, A.Rößler

Absagen: B.Matthes, T.Turczynski, R. Switkowski, S.v.d.Heydt

1. Dem Kurzprotokoll vom 9.4.25 sind seitens der Anwesenden keine Anmerkungen erfolgt.
2. Infos aus der KV – es erfolgen Kurzberichte aus den letzten Sitzungen der VV 22.5.25, den vorangegangenen Listensprechertreffen / der Sitzungen vom HVA, beratenden Fachausschüssen und des HaFi (Haushalt u Finanzen) , dabei HVM-Änderungen i. W. redaktioneller Art, Anpassung der Richtlinien zu Anerkennung von Praxisnetzen, Statements und Diskussionen zu Visionen und Zukunftstrategien der KV Berlin, Diskussion um ein Forderungspapier der berl. KV an die neue Bundesregierung (Stichworte Entbudgetierung auch der Fachärztinnen—Versorgungssteuerung – Finanzierung Notfallzentren – Finanzgrundlagen GKV – Unterstützung Niederlassungsförderung – intelligente Digitalisierung und Bürokratieabbau - Finanzierung ambul. Weiterbildung) – der Vorstand berichtet zudem über frustrane sehr schwierige Honorar-Verhandlungen von KV mit den Krankenkassen / Schlichtungen stehen nun an ...
3. Bericht vom Ausschuß angestellt. Ärztinnen (Anne), wo der MB auch das Primärärztsstem diskutiert - aus anderen KVen wie RP wird von einer besseren Vertretung der Angestellten berichtet – auch in Berlin könnten Webseitenangebote diesbezgl. verbessert werden incl. Rechtsberatungsangebote u.a.
4. Bericht vom dt. Ärztetag 5-25 in Leipzig (Julian) --- KI-Thema / Haftungsfragen / Verbindlichkeit von KI - Klimathematik darf nicht vergessen werden wie u.a. Gebäudeprobleme --- GOÄ Novellierung , BÄK mit PKV konsentierter Vorschlag , bei deutl. Kritik v.a. aus Radiologie u. Labormedizin und auch Vorwurf keine modernen Reform zu sein, erhielt dieser letztlich die Mehrheit , eine mgl. reformbedingte Kostensteigerung von max 4% pro Jahr soll gemonitort werden --- zum §218 kam ein Beschlussantrag durch, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten zwölf Wochen außerhalb des Strafgesetzbuchs zu regeln. Die Beratungspflicht für ungewollt Schwangere soll gleichzeitig beibehalten werden.

Für die nächsten Listenbündnis-Treffen haben wir uns auf folgende Termine verständigt :

Mi. 2.7.2025 um **18.00 Uhr** Marburger Bund Landesverband Berlin/Brandenburg, Bleibtreustr. 17 , 10623 Berlin als Hybridvariante

Mi. 3.9.2025 um **18.00 Uhr** beim Büro des BMVZ Schumannstrasse 18 im Hybridwege live oder per Video teilnehmen.

gez. S. Hochfeld

